UNSER-BRAUNSCHWEIG

Die Zeitung der Bürgerinitiativen | B·I·BS

Nr. 28 | 14. Jahrgang | 70.000 Exemplare | www.buergerinitiativen-braunschweig.de | Mai 2023

Sonderbeilage Schuldenflut

Schock

im Finanzausschuss am 2.2.2023

600 bis 800 Millionen zusätzliche Schulden ab 2035.

Versprochen war die Schuldenfreiheit durch Privatisierung.

Abzocke mit Credit Suisse

Die Geschäftsidee mit dem „Schloss"-Bau zu Braunschweig heckte Credit Suisse vor 20 Jahren aus. Das Bankhaus mietete sich auf dem Kohlmarkt ein und warb betuchte Steuer-Müde für einen Schlossbau-Fonds an.

Die Euphorie vom zu rekonstruierenden Schloss faszinierte vor allem auch die örtliche Lokalzeitung.

Eine Interessengemeinschaft mit den **„Schloss-Freunden"** um Richard Borek erarbeitete dann die spätere Vorlage für den Rat, wie eine Akteneinsicht aus dem Schriftwechsel mit dem Ex-OB Hoffmann ergab:

Bild: Braunschweig Spiegel

Pikanter Brief an den Oberbürgermeister

Die Akten über die Verhandlungen zur Schloss-Rekonstruktion zwischen Stadt und der Investorengruppe ECE/Credit-Suisse enthalten einen Brief mit pikanten Details kurz vor der entscheidenden Ratssitzung im Juli 2003, wonach nicht etwa die Stadt-Gremien, sondern Richard Borek die Entscheidungen traf, so beim pikanten Detail und Streitpunkt bzgl. der Reduzierung der Schlossfassade auf drei Gebäudeseiten, also für einen nach Osten hin hinter der Fassade herausquellenden Kaufhaus-Moloch.

Dort heißt es: *„Die zwischenzeitlich in Planung genommene 4. Gebäudeseite war in bisherigen Vereinbarungen nicht enthalten und wird nach Aussage von Herrn Borek auch durch die Schlossfreunde nicht gefordert. Somit sollte sie entfallen, was gegenüber den geschätzten Kosten von 14.3 Mio. € eine Einsparung von 1 Mio. einbringt." Der OB könne die Vorlage nun somit in die Ratsgremien zur Abstimmung geben. (Schreiben von ECE an den Ex-OB Dr. Gert Hoffmann, CDU, vom 29.5.2003) Der Beschluss im Rat erfolgte dann - wie im Interesse von Credit Suisse/ECE mit Richard Borek abgemacht - in der Juli-Ratssitzung 2003 mit einer Stimme Mehrheit - der Stimme vom OB.*

Credit Suisse zieht 2008 in gediegene städtische Villa am Steintorwall

Wie bei einer Akteneinsicht der damaligen BIBS-Fraktion auch herauskam, kümmerte sich die Stadt mit ihrer Abteilung Wirtschaftsförderung ganz rührend um das Wohlergehen der Erwerber und da habe sich die Verwaltung mächtig ins Zeug gelegt. So ist im Geschäftsbericht

... weiter auf Seite 4

Schützende Hände über Parteikollegen

Im Nachgang unserer Berichterstattung über rassistische Diskriminierung einer Untergebenen durch den Abteilungsleiter in der Schulverwaltung der Stadt Braunschweig, Knut G., gab es Anfragen an die Stadtverwaltung, den Oberbürgermeister, den Dezernenten sowie an die politischen Parteien und Anfragen von Bürger.innen im Rat der Stadt.

Es ging um die verbale Aggression des Dienstvorgesetzten gegenüber einer Kollegin, man solle sie ***„über Kopf über dem Bohlweg aufhängen und steinigen"* - das sei aufgrund ihrer Herkunft erlaubt.**

regionalheute berichtete: *Der Fall von Rassismus in der Stadtverwaltung ist noch immer nicht komplett geklärt. Eine mittlerweile ehemalige Mitarbeiterin wurde von einem leitenden Vorgesetzten rassistisch und sexistisch angegangen - dieser verrichtet immer noch seinen Dienst im Rathaus. Obwohl der Täter auf Auflage der Staatsanwaltschaft bereits eine Geldauflage entrichten musste, äußert sich die Stadt weiterhin nicht weiter dazu, da es sich um ein „schwebendes Verfahren handele".*

In einer Einwohnerfrage wurde die Verwaltung in der Ratssitzung am 20.12.22 mit Handlungspflichten gemäß Beamtenrecht, sowie Regelungen des Arbeitsrechts, der Fürsorgepflicht für die Diskriminierte und der Ahndungspflicht gemäß nieders. Disziplinarrecht gegen den Täter konfrontiert. Dazu fiel die Äußerung vom zuständigen Dezernenten Dr. Pollmann: *„Wir sind keine Heiligen".*

Wie reagierten die Parteien im Rat?

- Für die SPD ein äußerst unangenehmes Thema, denn der Täter ist, wie alle städtisch zur Ahndung Zuständigen in der Verwaltungshierarchie SPD-Mitglied.
- Für die Grünen ist zwar jegliche Diskriminierung nicht hinnehmbar, aber man könne *„jedoch keine konkrete Aussage zum Fall tätigen"* wegen Persönlichkeitsschutz.

Protest vor der Ratssitzung. Dezember 2022

Allerdings relativierte der Landtagsabgeordnete Andreas Hoffmann die grüne Stellungnahme, es handele sich *„ja um ein ehemaliges, grünes Mitglied, welches jetzt bei der BIBS aktiv"* sei. (Antwort per email A. Hoffmann vom 14.09.22)

Maulkorb für die BIBS

Die BIBS, die den Stein in ihrer letzten Zeitung Nr. 27 ins Rollen brachte, soll sogar ganz offiziell einen Maulkorb verpasst bekommen: Die BIBS-Leute hätten Dienstgeheimnisse aus einem nicht-öffentlichen Protokoll verraten. Ein Bußgeldverfahren wurde von der SPD-geführten Verwaltung in Gang gesetzt. Auf die öffentliche Gerichtsverhandlung darf man heute schon gespannt sein.

Sehr angemessen antwortete der CDU-Ex-Landtagskandidat, Rechtsanwalt Jan Hackenberg und wies auf die Dienstpflichten von Verwaltung und Politik hin:

Ein Beamter dürfe in keinem Falle Mitarbeiter.innen und erst recht keine von ihm geführten Beamtinnen beleidigen. Dazu gehöre gemäß Disziplinarrecht *„die gründliche und mit Nachdruck geführte Aufklärung entsprechender Verdachtsfälle wie vorliegend"*, sowie deren Verfolgung und die Fürsorgepflicht für die Geschädigte. Täte das der Dienstherr (also hier die Stadt) nicht, dann wäre der Oberbürgermeister auf seine Pflichtverletzungen hinzuweisen und auf eine ausreichende Reaktion hinzuwirken. Komme die Kommune - und in letzter Konsequenz der Oberbürgermeister - jedoch hartnäckig einer Aufklärung und deren Folgen nicht nach, wäre auch das Land gefordert, als Rechtsaufsicht über die Kommune zu handeln.

„Um das abschließend nochmal zu betonen: Der Staat und damit auch die Verwaltung ist von jeder Art von Diskriminierung, von jeder Art von Rassismus und Sexismus vollständig frei zu halten und hat den Umgang damit transparent zu gestalten.", so Hackenberg.

Gewerkschaftlicher Arbeitskreis lässt nicht locker

Mehrfach wurde in Zeitungsberichten von BZ, TAZ sowie über weitere örtliche Medien wie *regionalheute*, *news38* und *Okerwelle* über diesen Fall rassistischer und sexistischer Diskriminierung im Rathaus berichtet. Vor den Ratssitzungen wurden Politik und Verwaltung mit den Fragen konfrontiert (siehe Bild).

Ein gewerkschaftlicher Arbeitskreis stellt seit eineinhalb Jahren die nötige Transparenz her und bereitet aktuell Akteneinsichten vor.

Dabei steht vor allem auch im Raum, ob die ständige und wiederholt gegenüber den oben genannten Medien vorgebrachte Äußerung des Rathauses, es handele sich um ein *„schwebendes Verfahren"*, zutreffend oder doch wohl nur eine Schutzbehauptung ist, um einen Parteikollegen vor nötigen Konsequenzen zu bewahren. Weitere Rückfragen werden gern beantwortet.

AK Anti-Diskriminierung/red.

Für`s Milieu von Löwen Play

Aktuell gibt es eine Diskussion um das „Monopol" am Bruchtorwall… Was verbindet Petzvalstr./Berliner Str. mit dem Rotlichtviertel Friedr.-Wilhelmstr.?

- genau, das Bordell-Geschäft und **Wirtschaftsförderung für das „Entertainment-Center"** Berliner Str. /Petzvalstr. - 24 Einstellplätze auf städtischem Gelände (!)

- 11 Jahre lang keine Bau-Abnahme wg. nicht hergestellter Einstellplätze am Triftweg... und das kommt erst heraus, weil die städtischen Flächen nun auch für das beantragte Bordell „Entertainment-Center" Berliner Str./Petzvalstr. dienen sollen, wofür der Bauvorbescheid Anfang 2020 erteilt wurde ?

Klare Positionierung gegenüber dem Zocker- und Prostitutions-Spekulanten-Milieu sieht wohl anders aus:

Die Verwaltung antwortete der BIBS-Fraktion auf Anfragen zur (Baulast)-

Wirtschaftsförderung für das Entertainment-Center:

„Eine umgehende Herstellung der Einstellplätze wurde angeordnet. Auf eine Schlussabnahme wurde verzichtet."

Und zum - immer noch aktiven Bauantrag zum Bordell:

„Mit Beantragung der Nutzungsänderung von Teilen des Entertainmentcenters (Spielhalle) in Zimmervermietung mit einem bordellartigen Betrieb (Az.: 60.3/5210/2019) berief sich der Antragsteller zum Nachweis der Einstellplätze auf die o. a. Ursprungsgenehmigung. Bei einer örtlichen Kontrolle wurde festgestellt, dass die darin geforderten Einstellplätze bisher nicht umgesetzt worden sind. Der Bauherr ist darauf hingewiesen worden, dass die Herstellung der Parkplätze zum Nachweis der notwendigen Einstellplätze erforderlich ist."

Aktuell nun der Hinweis in einer Leserzuschrift vom 29.3.2023 an die BZ zum Hotel Monopol und Friedr.-Wilhelm-Platz, dass wohl schon vor Jahren in aller Stille geplant und von Eingeweihten gezockt worden ist:

- Verhagelte das Reingrätschen der BIBS-Fraktion zum Bordell-Vorbescheid für das „Entertainment"-Center eine längst verabredete Milieu-Verlagerung aus der City auf das alte Homann-Möbel Gelände?

Nun kommt etwas mehr Klarheit zu den verschwiegenen Geschäften und warum ein gefasster Aufstellungsbeschluss von vor 20 Jahren für die Berliner Str. von der Bauverwaltung evtl. absichtlich „vergessen" wurde

- hier dazu eine Beleuchtung aus dem unbeliebten alten Rotlicht-Viertel im Leserbrief an die BZ vom 29.3.23 vom Sohn des ehemaligen Eigentümers des stattlichen Eckhauses Hotel Monopol: ***„Umsiedlung des Puffs ist Voraussetzung"*** - für eine städtebauliche Umgestaltung des Fr.-Wilhelm-Platzes zum „Kultviertel". *P.R.*

Konrad aus

Gorleben: Aus! Letzte AKWs: Aus! Jetzt: Asse raus, Konrad aus!
Über 400 AKWs sind weltweit in Betrieb, 100 weitere in Planung oder im Bau. Endlager für deren hochradioaktiven Müll sind derzeit 0,00 in Betrieb. 28 Atomkraftwerke zur Stromerzeugung waren in ganz Deutschland seit 1961 bis April 2023 am Netz (zuletzt noch drei davon).
Auch für deren hochradioaktive abgebrannte Brennelemente gab und gibt es kein Endlager. Ursprünglich sollte bis 2031 ein Endlagerstandort gefunden werden. Daraus wird definitiv nichts.
Im schlimmsten Fall könnte erst im Jahr 2068 ein Endlager-Standort gefunden sein, hatte die BGE im Oktober bekannt gegeben. Würde dann mit dem Bau begonnen, wäre erst Ende der 80er-Jahre ein Endlager betriebsbereit.
Gegenwärtig wird hochradioaktiver Müll in sogenannten „Castorbehältern“ zwischengelagert. Leer wiegen sie rund ein Viertel mehr als ein Airbus A320 und bestehen aus 44 Zentimeter Gusseisen mit Kugelgraphit. Sie sind offiziell für eine Dauer von 40 Jahren ausgelegt. Was danach mit ihnen und ihrem hochbrisanten Inhalt passiert, weiß niemand. An bundesweit 16 Standorten lagern knapp 1.000 von ihnen. Diese Vorbemerkungen sind nötig, um eine ungefähre Vorstellung von der Sicherheit der Kernenergienutzung, der Philosophie ihrer Betreiber und dem Denken ihrer Erben in den Bundeseinrichtungen BGE (Endlager), BGZ (Zwischenlager) und BASE (Aufsicht und Genehmigung) zu bekommen.

Die BGE ist für „Asse“ und „Konrad“ zuständig.

Aber bei Konrad ist alles anders: Ein ungeeignetes, aber dafür genehmigtes Endlager
Von der Beantragung des stillgelegten Erzbergwerks als Atommüllendlager 1982 über die Genehmigung 2002 (Planfeststellungsbeschluss) bis zur letztinstanzlichen Klageabweisung 2007 dauerte es, bis der Ausbau zu einem Atommüllendlager begann. Es sollte ca. 10 Jahre nach Baubeginn 300.000 m3 schwach und mittelradioaktiven, nicht nennenswert wärmeentwickelnden Müll aufnehmen; geplanter Beginn der Einlagerung - 2014 !
Daraus ist nach heutigem Stand frühestens 2027 geworden. Die Genehmigung von 2002 fußt auf Berechnungen und dem wissenschaftlichen Stand des vorigen Jahrtausends.
Es ist von keiner Seite mehr strittig, dass „Konrad“ heutzutage nicht mehr genehmigungsfähig wäre. Zentrale heutige gültige, unbedingt erforderliche Voraussetzungen werden von „Konrad“ in vielfacher Weise verletzt:

- **Noch Rohstoffe enthaltende Standorte sind tabu,**
- **Rückholbarkeit muss gewährleistet sein,**
- **die Transportrisiken sind ungeklärt,**
- **die Kontrolle der einzulagernden Stoffe ist völlig unzureichend,**
- **Abschluss gegenüber der Umwelt für mindestens 1.000.000 Jahre (schwach bis mittelaktiver Müll).**

Konrad: Mehr Sicherheit mit alten Akten?

Der geforderte dauerhafte Abschluss des strahlenden Mülls gehört ins Reich der Atommärchen! Nach mehreren Eiszeiten in der jüngeren Erdgeschichte, zahllosen, nur z.T. dokumentierten Probebohrungen in 1920/30er Jahren, wasserführenden Schichten, die 20km nördlich bei Calberlah an die Oberfläche treten, kann von einem eine Million Jahre sicheren Abschluss des Mülls keine Rede mehr sein.
Der einzige noch gültige Grund für „Konrad“: Es ist das einzige überhaupt genehmigte Endlager!
Anhaltender Kritik daran versuchte der Betreiber BGE zu begegnen, in dem er eine Überprüfung nach dem Stand von Wissenschaft und Technik (ÜsiKo) ausrief. Dabei wurden die alten Akten hervorgeholt und auf veränderte Anforderungen hin gelesen. Es gab keine Neuberechnungen der modellhaften Annahmen und keine Untersuchung des Untergrunds. Bis heute kennt man den gar nicht genau. Im Ergebnis wurden einige wenige nicht substantielle Nachbesserungen identifiziert. Echte „Sicherheitsüberprüfung“ ginge ganz anders. Stattdessen wurden Im Zeitraum seit 2002 zahllose nachträgliche Änderungen an der ursprünglichen Genehmigung vorgenommen, alles auf dem kleinen Dienstweg, weil „unerheblich“, um Konrad überhaupt weiter ausbauen zu können. Alle Beteiligten wissen darüber hinaus, dass Konrad für die Aufnahme des gesamten einschlägigen Mülls zu klein ist Es muss also ohnehin ein Endlager für schwach- und mittelaktiven Müll gesucht werden, das diesmal aber nach einem wissenschafts- und kriterienbasierten Verfahren für den gesamten Müll auszuwählen ist! In ihm muss auch der Assemülls endgültig und sicher gelagert werden.

Die einzige effektive Sicherheitsgarantie: Unser kontinuierlicher Widerstand

Mit der Einführung der Verbandsklage und dem vom Bundesverfassungsgericht erklärten Recht auf Nachweltschutz bestand die Möglichkeit, die Genehmigung für Konrad juristisch anzufechten, ohne selbst als Anlieger betroffen sein zu müssen. Ein breites Bündnis um die AG Schacht Konrad aus der Stadt Salzgitter, IG Metall, Landvolk und den klageberechtigten und federführenden Naturschutzverbänden NABU und BUND beantragte die Aufhebung bzw. Rücknahme der Genehmigung im Mai 2021.
Seither wird vom zuständigen Niedersächsischen Umweltministerium der Antrag „bearbeitet“. Während der vorige Umweltminister Ließ es mit Aussitzen versuchte, gibt es seit einem Besuch seines Nachfolgers Meyer in Salzgitter am 05.04.23 die konkrete Aussage, bis zum Jahresende eine Entscheidung über den Antrag treffen zu wollen.
Eine verantwortungsvolle Antwort kann nur lauten:

Baustopp sofort - Schluss mit Konrad!

Edgar Vögel

Atommüll-Fässer von Eckert & Ziegler nach Braunschweig?

Das Landesumweltministerium Niedersachsen lässt seine Sammelstelle für schwach- und mittelradioaktiven Abfall in Leese von Eckert & Ziegler aus Braunschweig betreiben.
Ca. 3500 Atommüllfässer in der Landessammelstelle in Leese gehören dem Niedersächsischem Landesumweltministerium.
Ca. 8500 Atommüllfässer in der Landessammelstelle in Leese gehören Eckert & Ziegler.
Die ca. 1400 Atommüllfässer aus dem Fundus der Landessammelstelle, die seit einigen Jahren beschädigt sind und zu blähen beginnen, werden in Jülich konditioniert und wieder nach Leese zurückgebracht.
Fässer von Eckert & Ziegler, die repariert werden müssen, werden in Braunschweig-Wenden/Thune neu konditioniert und nach Leese zurückgebracht.
Das Gelände der Landessammelstelle gehört der Raiffeisen Agil Leese eG und wird an die Niedersächsische Landessammelstelle vermietet.
Dieser Mietvertrag endet im Jahr 2030. Eckert & Ziegler hat im Rahmen des Stillhalteabkommens mit der Stadt Braunschweig auf den Bau einer neuen Konditionierungsanlage als Ersatz für die alte Atommüllverarbeitungsanlage bislang verzichtet und in Aussicht gestellt, dass NUR eine Lagerhalle in Braunschweig-Wende/Thune neben die Atommüllverarbeitungsanlage gebaut werden könnte.
Da drängt sich die Vermutung auf, dass 2030 vielleicht die Atommüllfässer aus Leese nach Braunschweig zu Eckert & Ziegler kommen könnten.
Die BISS e.V. unterstützt gegenwärtig die Anwohner der Nuklearfirma Eckert & Ziegler bei deren Klage gegen die Strahlengenehmigung von Eckert & Ziegler.
Das Landesumweltministerium ist die Angeklagte in diesem Gerichtsverfahren und hat seit Beginn der Klage im Dezember 2019 bereits 3 Mal Einschränkungen zu der Strahlengenehmigung von Eckert & Ziegler erlassen, damit dieses Gerichtsverfahren nicht zu ungunsten des Landesumweltministeriums ausgeht.
Helfen Sie der BISS e.V. und dem Rechtshilfefonds Strahlenschutz e.V., damit es nicht zu einem weiteren Atommüll-Zwischenlager und/oder einer Erweiterung der Atommüllverarbeitungsanlage im Stadtgebiet Braunschweig, mitten in einem Wohngebiet und direkt neben Schulen und KiTas, kommt.

BISS e.V.

Neues aus dem Südwesten – was, wenn ein Bezirksrat sich traut?

Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) ermöglicht in §94 (3) einem Bezirksrat, sich mit einer überbezirklichen Angelegenheit direkt an den Rat zu wenden und sein Anliegen dort zur Abstimmung zu stellen. Er muss „nur“ einen entsprechenden Antrag beschließen und an die Verwaltung weiterleiten. Diese muss dann dem zuständigen Gemeindeorgan (hier dem Rat) innerhalb von vier Monaten die Vorschläge zur Entscheidung vorlegen. Das ist die Theorie und jetzt zur Praxis.

1. Bezirksrat Südwest am 15.03.22 beschließt: Flächennutzungsplan ändern

In der ohne Gegenstimmen verabschiedeten Resolution auf Antrag von BIBS und Grünen wird der Stadtrat (als entscheidungsberechtigtes Gremium) aufgefordert, den gültigen Flächennutzungsplan zu ändern. Dieser legt aktuell fest, dass Flächen westlich des Übergabebahnhofs Beddingen auf Braunschweiger Stadtgebiet prinzipiell gewerblich und nicht landwirtschaftlich genutzt werden. Der Bezirksrat beantragt nun, dass planerisch der landwirtschaftlichen Nutzung der absolute Vorrang eingeräumt werden soll, u.U. ergänzt durch die Nutzung von Sonnen- und Windenergie. Das bestehende Vorkaufsrecht der Stadt solle erlöschen.
Begründung: Die Folgen der Einrichtung eines Industrie- und Gewerbegebiets für das Stadtklima wären verheerend, wie wissenschaftliche Untersuchungen der TU von 2019 eindringlich belegen. Die angesprochenen Flächen versorgen die Stadt aus der Hauptwindrichtung mit frischer und kühlender Luft, was auch angesichts der Klimaerwärmung lebenswichtig für die städtischen Bewohner sei und einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Stadt leiste. Zudem bestehe die Fläche aus Ackerböden, die zu den besten Mitteleuropas zählen und damit gewichtig zur Ernährungssicherheit (Weizen, Raps, Zuckerrüben) und zur Erzeugung regionaler Produkte beitrügen.
Reaktion der Stadt: Kenntnisnahme der Resolution, es sei kein Antrag an den Rat.

2. Erneuter Beschluss des Bezirksrats am 21.06. 2022

Um den formalen Erfordernissen Rechnung zu tragen (im Betreff muss ausdrücklich Antrag an den Rat stehen), beschließt der Bezirksrat erneut den ansonsten unveränderten Antrag.

3. Was jetzt passiert: Nichts

Spätestens jetzt beginnt der Übergang zur Posse. Die 4-Monatsfrist (s.o.) läuft, aber es passiert offenkundig nichts. Informelle Rückfrage bei der Verwaltung: ähäm, ja, Corona, Urlaub, Mutterschutz, Personalmangel, der Rat ist doch gar nicht zuständig?, usw. … Tatsächlich war in der Vergangenheit ein solcher Antrag, anders als in Salzgitter, wo man ja hätte nachfragen können, in Braunschweig noch nie gestellt worden. Im Spätherbst dann informell die Botschaft, man prüfe, aber es dauere noch. Die 4-Monatsfrist war längst abgelaufen. So ging das Jahr 2022 zu Ende. Aber nicht, ohne dass kurz vorher im Rat das „Baulandmodell Gewerbe“ beschlossen worden wäre. In ihm sind die interkommunalen Gewerbegebietspläne weiter prominent vertreten (die diametrale Gegenposition zum Bezirksratsbeschluss Südwest also). Ein Schelm, wer angesichts der gestreckten zeitlichen Abläufe Zusammenhänge mutmaßt.

4. Die Verwaltung findet in der Mitteilung vom 30.03.23 ihre Sprache/Sprachregelung wieder

Die Verwaltung hat nach längerem Nachdenken ein Hebel gefunden, den Bezirksrat aus zu manövrieren. Das geht so: Der Vorschlag müsse einen beschlussfähigen Inhalt aufweisen. Der Antrag vom 21.06. erfüllte diese formellen Voraussetzungen nicht. „Der Beschluss des Stadtbezirksrates 222 vom 21. Juni 2022 hat aus sich heraus keinen Regelungsgehalt, der den Ratsgremien zur Entscheidung vorgelegt werden kann. Die Umdeutung eines ursprünglichen Antrags durch einen Folgeantrag in einen „Vorschlag“ ist dabei nicht zulässig. Sofern das Thema im Wege eines Vorschlags in die Ratsgremien eingebracht werden soll, müsste der Stadtbezirksrat einen Beschluss herbeiführen, der den o. g. Kriterien entspricht. Dann wird der Beschluss im Wege einer Verwaltungsvorlage fristgerecht in die Gremien eingebracht.“ Typisches Beamtendeutsch, aber klare Botschaft: Durch Nachsitzen könnt Ihr doch noch in den Rat zu kommen, in dem ein drittes Mal derselbe Inhalt beschlossen wird, nur jetzt eben formal korrekt. Ist doch nett von uns, aber es muss ja alles seine Ordnung haben, auch wenn es bei der Stadt für die Formulierung diese Botschaft einmal etwas länger dauert als vorgeschrieben … Fehlt eigentlich nur noch das Bekenntnis, wie wichtig doch das Mitwirken gewählter Vertretungen innerhalb der demokratischen Gremien sei – was zu beweisen war.

E.V.

Hätten mal ne Frage...

... und was wird aus unserem Trinkwasser, wenn die Asse absäuft?

Für BS ist problematisch, dass eine Grundwasser-Verbindung zur Asse besteht - und die ASSE-Kammern laufen aus ...

Strahlung sei zwar nicht messbar, versichern die Betreiber, aber die Kavernen mit strahlendem Inhalt (u.a. Plutonium) werden ausgespült; soweit das Problem.

84 Notfall-Barrieren

Die BGE (Bundesgesellschaft für Endlagerung) baut gerade wegen der Ausläufe aus der ASSE sog. Notfall-Barrieren - 84 Stück aus Hundert-Tsd.n Kubikmetern Spezial-Beton und 1 Mio. Kubikmetern schwerer Salzlauge im untersten Sohlenbereich.

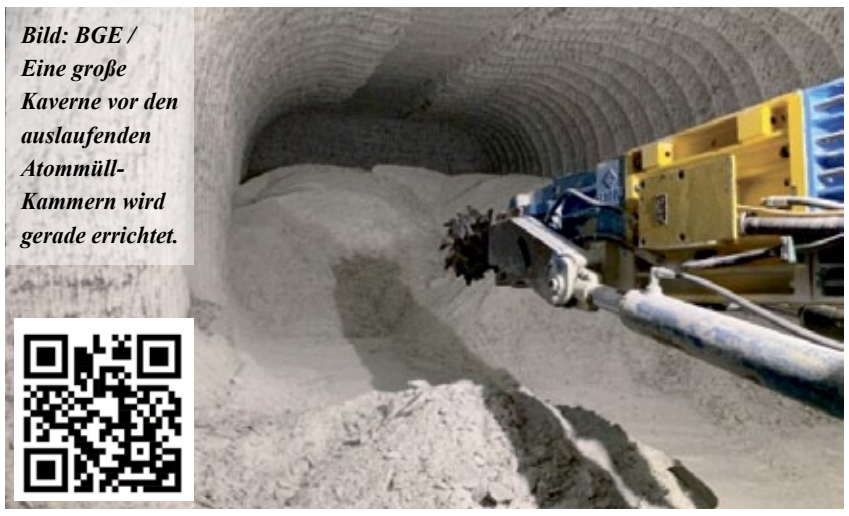

Bild: BGE / Eine große Kaverne vor den auslaufenden Atommüll-Kammern wird gerade errichtet.

Da die zig Kavernen aber die Asse zu einer Art Schweizer Käse mit Löchern gemacht haben, ist eine Stabilisierung und Abschottung zum Grundwasser unmöglich; der Berg-Druck presst und verformt das ASSE Salzgebirge und liefert Wasser/Asse-Lauge über eine unberechenbare Hydraulik. Soweit zu unserer demnächst Grundwasser und dann ab 2024 Trinkwasserproblematik.

Dazu stellte die BIBS folgende Anfrage an die Verwaltung:

Die Versorgung der BürgerInnen mit Trinkwasser gehört in einer Gemeinde zu den elementaren Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge. Die Stadt Braunschweig wurde über lange Zeit fast ausschließlich mit Wasser der Harzwasserwerke (HWW) aus den Harztalsperren versorgt. Bis zu ihrer Privatisierung im Jahr 1996 waren die Wasserwerke im Alleineigentum des Landes Niedersachsen. Zum überwiegenden Teil gingen sie 1996 ins Eigentum von Bremen sowie von niedersächsischen Kommunalverbänden und Kommunen über. Die privatwirtschaftlichen Konzerne EWE und Avacon haben 28 % der Anteile.

Die Stadt Braunschweig hält über die Beteiligungsgesellschaft und die Versorgungs AG 10,1 % der Anteile und verbraucht ca. 18 % des von den HWW angebotenen Wassers.

In einer Pressemitteilung vom 28. Sept. 2022 (https://www.bs-energy.de/blog/2022/09/28/bsenergy-sichert-die-langfristige-trinkwasserversorgung-fuer-braunschweig/) teilte BS-Energy mit, dass angesichts des Klimawandels mit einem periodischen Austrocknen der Harztalsperren gerechnet werden müsse.

Um weiterhin die Versorgung der Stadt mit Trinkwasser zu gewährleisten, werde der Bedarf an Trinkwasser nunmehr zu 35 % zusätzlich durch Grundwasser aus dem Wolfenbüttler Raum von der Avacon gedeckt. Genaue Details über Anzahl und Orte der Brunnen waren noch nicht bekannt (Braunschweiger Zeitung, 30.09.2022).

Dies vorausgeschickt, unsere Anfragen:

1) Warum wurden die Stadt Braunschweig und ihre politischen Gremien nicht in den Entscheidungsprozess über die zukünftige Versorgung der Stadt einbezogen und nicht einmal informiert?

2) Kann die Stadt Braunschweig mit einem Plan darlegen, wie die Grundwasserströme im Vorfeld der Brunnen verlaufen, um klarzustellen, so dass kein ggf. kontaminiertes Grundwasser aus dem Asseraum abgepumpt und nach Braunschweig geleitet wird?

3) Bisher hat das Wasser der Harzwasserwerke immer ausgereicht, um die Stadt Braunschweig mit Trinkwasser zu versorgen. Was soll mit den 5 Millionen Kubikmetern Trinkwasser gemacht werden, die wir in Zukunft nicht mehr von den Harzwasserwerken beziehen werden, sondern von Avacon, wenn - wie bisher die Regel - kein Wassernotstand herrscht?

ANTWORT im Rat am 14.02.2023

Die Anfrage der BIBS-Fraktion vom 1. Februar 2023 (DS 23-20539) wurde BS|Energy mit der Bitte um Stellungnahme übersandt, welche hierzu wie folgt mitteilt:

Zu Frage 1: BS|Energy obliegt die Sicherstellung einer vorausschauenden und krisensicheren Trinkwasserversorgung der Stadt Braunschweig auf Grundlage und im Rahmen der durch die Stadt Braunschweig erteilten Wasserkonzession.

Der Aufsichtsrat von BS|Energy, dem neben dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden jeweils ein Vertreter der drei größten Fraktionen des Rates der Stadt Braunschweig angehören, wurde regelmäßig informiert und hat dem in der Anfrage thematisierten Vorhaben zugestimmt.

Ergänzend fand am 23. September 2022 eine Informationsveranstaltung im Großen Sitzungssaal im Rathaus Braunschweig durch BS|Energy und BS|Netz, in der die Veränderungen in der Trinkwasserversorgung detailliert erläutert wurden und Rückfragen beantwortet wurden. Durch den Fachbereich Finanzen der Stadt Braunschweig wurden alle Mitglieder des Rates der Stadt Braunschweig eingeladen. Es nahmen Ratsmitglieder aller Fraktionen und Gruppen, bzw. Mitarbeiter*innen der Fraktionsgeschäftsstellen teil. Die Stadt und ihre politischen Gremien wurden mithin umfassend informiert.

Zu Frage 2: Es liegen hydrogeologische Gutachten vor, die sowohl die Kontaminierung der Trinkwasserförderung im Bereich Halchter - Ohrum, wie die nun südlich gelegene Trinkwasserförderung in Börßum - Heiningen ausschließen.

Zu Frage 3: blieb Stadt und BS|Energy eine Antwort schuldig. *red*

Gibt es schändliche Ehrungen?

Ja, leider - und zwar immer noch in Braunschweig am Möncheweg auf städtischer Fläche im sog. „Ehrenhain" der Traditionsverbände, z.B. eine Ehrung für das Täter-Regiment des Völkermordes an den Hereros und Namas.

Am Möncheweg wurde vor 10 Jahren auf städtischer Fläche ein sog. „Ehrenhain" für „Traditionsverbände" geschaffen, in unmittelbarer Nähe zum AWO-Kindergarten „Roselies" Es geht dabei nicht um das Andenken an die Toten der Kriege, sondern um Tradition, um Armeeverbände aus der Kaiserzeit bis zu den beiden Weltkriegen.

Besonders im Blickfeld dabei ein „Ehren"-Stein, auf welchem u.a. der Schutztruppe Deutsch-Südwest gehuldigt wird.

siehe dazu: "Der Stein muss weg" braunschweig-spiegel.de/ der-stein-muss-weg-sofort/

Diese Truppe wurde von 1904 bis 1909 zum Völkermord an den Hereros und Namas in der Kolonie Deutsch-Südwest unter ihrem berüchtigten General v. Trotha eingesetzt. sein Vorgehen zur Auslöschung der Hereros und Namas gilt - auch offiziell so von der BRD bestätigt - als erster Völkermord des 20. Jahrhunderts.

Seit Jahren wird dagegen protestiert und im letzten November gab es eine Verhüll-Aktion, wozu die BIBS aufgerufen hatte:

https://braunschweig-spiegel.de/der-vermessene- mensch.../

Ein Kommentar dazu: „Wir sind eben völlig erschüttert aus dem ersten Film zum deutschen Kolonialismus gekommen. So schlimm, die Verbrechen an den Hereros und Namas nachempfinden zu müssen. Konnten spontan nicht anders, als nach Ende des Films die Zuschauer - auf die hiesige Verehrung der Schutztruppe Deutsch Südwest auf städtischer Fläche am Möncheweg hinzuweisen, - auf unsere bislang weitergehenden Protestmaßnahmen am Volkstrauertag, wo letzten November 22 die schlimmsten „Ehren"-Steine von uns verhüllt wurden (s. Fotos), - die skandalöse (immer noch) Leugnung des Völkermordes durch die Stadt Braunschweig anzusprechen"

- immer noch der Stand von 2020: https://braunschweig-spiegel.de/belastete-denkmaeler.../...

Für den kommenden Volkstrauertag, 19. November 2023 von 9-11h, ruft die BIBS erneut auf, nicht der Täter, sondern der Opfer zu gedenken.

Merkwürdiger Umgang mit EHRE in Braunschweig

Traditionspflege „alter Kameraden" mit dem Ehrenbürger Richard Borek Wohlwollend zugeschaut wird dem Treiben des Traditionsverbandes „Panzerbataillon24" mit jährlichen Kranzniederlegungen vor den „Traditions-Steinen", im sog. " Ehrenhain". Bei diesen Ehemaligen-Treffen wird dann auch schon mal rumgeballert, woran im Jahr 2017 dann auch Richard Borek in den Herzogsbergen teilnahm.

Keine EHRE für Braunschweig, Herr Ex-Oberbürgermeister Markurth, diesen Herrn zum Ehrenbürger, also zum Vorbild für die Braunschweiger Gesellschaft gemacht zu haben! *red*

Das „Braunschweiger Baulandmodell Gewerbe" – zurück in die klimaschädliche Vergangenheit

Kurz vor Weihnachten gab es im Rathaus ein besonderes Weihnachtsgeschenk für alle, die hier leben. Mit großer Mehrheit votierte der Rat für ein 40-Mio.-Projekt des „Baulandmodells Gewerbe".

Mit ihm will die Stadt in den nächsten drei Jahren Flächen in großem Stil aufkaufen und das dafür nötige Personal einstellen.

Warum? Gewerbeansiedlungen, so heißt es da, seien der entscheidende Standortfaktor, wenn man in der Konkurrenz mit anderen Kommunen nicht zurückfallen wolle. Mehr Gewerbe, mehr Steuereinnahmen, mehr Arbeitsplätze, mehr Wohlstand, mehr Wachstum, mehr Zukunft, so die Logik. Eine Lobby aus Influencern und Profiteuren, von IHK bis Volksbank, von Maklern und Projektentwicklern, von Borek bis Staake (als Beispiele für einige andere), unterstützt und befeuert diesen Kurs vehement. Auf Bundes- und Landesebene gibt es inzwischen allerdings Programme, die genau in die Gegenrichtung zielen.

Bund und Land: Ende der Versiegelung einläuten

Flächenversiegelungen durch immer mehr Bau- und Gewerbegebiete sollen bis spätestens zur Jahrhundertmitte auf null zurückgefahren werden (so in Niedersachsen im Regelwerk „Der Niedersächsische Weg, Punkt 14). Es gibt, wissenschaftlich gesichert, einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Flächenfraß und zunehmender Klimaverschlechterung durch Erwärmung, Trockenheit und extremen Wetterereignissen. Es braucht hier nicht extra betont zu werden, dass das alles für Braunschweig natürlich nicht gilt. Denn Braunschweig hat dafür ja das „integrierte Klimaschutzkonzept 2.0". Ziel: Braunschweig soll möglichst bis 2030 „treibhausgasneutral" werden. Das sei sehr ambitioniert, aber der Stadt der Forschung und Wissenschaft angemessen und entspreche einer Vorreiterrolle der Stadt, heißt es offiziell. Das reicht etwa von deutlichem Ausbau der „Erneuerbaren" über erheblich gesteigerte energetische Gebäudesanierung bis zur drastischen Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Die Hoffnung ist, mit einem Paket von 38 Maßnahmen jetzt das zu erreichen, woran das Vorläuferprogramm in der Zielerreichung noch kläglich gescheitert ist.

Vielfalt oder Einfalt?

Und so bietet die Stadt Jedem etwas. Weiteres Wachstum und Flächenverbrauch fürs Gewerbe und Nachhaltigkeit und Klimaneutralität für die Bewohner*innen. Während sich die Stadt an interkommunalen Plänen der Gewerbeentwicklung in Scheppau auf der grünen Wiese weitab von Städten beteiligt, wo es zwar einen Autobahnanschluss, aber keine Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr gibt, möchte sie gleichzeitig den motorisierten Individualverkehr deutlich reduzieren. So schwärmt sie im „Baulandmodell Gewerbe" von umweltverträglichen, integrativen, nachhaltigen, „grünen" Gewerbegebieten. Gleichzeitig liegen die Planungen für ein interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet mit Salzgitter weiter in der Schublade. Zwischen dem Übergabebahnhof Beddingen und dem Salzgitter-Stichkanal, auf 330 Hektar Fläche – größer als Monaco – könne ein „größerer und damit auch überregional und international sichtbarer Standort mittel- bis langfristig entwickelt und betrieben werden" (Zitat Baulandmodell Gewerbe).

Auch hier gibt es keinen ÖPNV-Anschluss, dafür müsste aber eine zweite Ausfahrt der A39 gebaut werden. „Mittel- und langfristig" trotz landesweit gültiger Reduzierungsgebote des Flächenverbrauchs? Deutliche Reduzierung oder deutliche Verarschung? Während mit dem Klimaschutzkonzept auf Klimaneutralität gesetzt wird, geht die Reise mit dem „Baulandmodell" schnurstracks rückwärts in die Vergangenheit. Deren dramatische Fehlentwicklungen fallen uns jetzt als drohende Klimakatastrophe auf die Füße.

Die Ressourcen eines Jahres (bei nachhaltiger Bewirtschaftung) werden deutschlandweit bereits bis Mai verbraucht, auch in Braunschweig. Davon offenbar völlig unbeeindruckt versuchen Rat und Verwaltung gleichzeitig mit einem Fuß Gas zu geben und mit dem anderen zu bremsen. Soll so der Weg in die Zukunft von Braunschweig, „der Stadt der Wissenschaft und Forschung" aussehen?

Allen Beteuerungen eines „integrativen und grünen Modells" zum Trotz: wenn wirtschaftliche Interessen über Umwelt und Lebensqualität weiter dominieren sollten, wird Widerstand aller Betroffenen auch in Braunschweig zur ersten Bürgerpflicht, sonst gibt es keine lebenswerte Zukunft mehr! *E.V.*

Sommer- und Kulturfest am 24.6.2023 in der Schuntersiedlung

Fotobearbeitung: Annika Drawert

Eine Veranstaltung vom Arbeitskreis Schuntersiedlung in Kooperation mit der Initiative ART (Aktiv für Respekt und Toleranz), der SJD Die Falken-KV Braunschweig, dem Welcome House Kralenriede, BBG Vertreter*innen aus der Schuntersiedlung getreu dem Motto: „Es sind Begegnungen mit Menschen, die das Leben lebenswert machen“ (Guy de Maupassant).

Der Arbeitskreis Schuntersiedlung und die Initiative ART engagieren sich im Stadtteil Schuntersiedlung und darüber hinaus für ein tolerantes buntes Miteinander aller Menschen und Kulturen und beziehen klar Stellung gegen jede Art von Rassismus. Die Gruppen sind ein Zusammenschluss von Bürger*innen aus der Nachbarschaft, die sich für ihren Stadtteil einsetzen und durch verschiedene Aktivitäten versuchen, Problemen im Stadtteil konstruktiv entgegenzutreten und den Zusammenhalt zu stärken. Unsere Schuntersiedlung hat einen einzigartigen Charakter. Viele engagierte und kreative Menschen leben hier. Es ist schön festzustellen, dass in dieser doch sehr schnelllebigen Zeit eine so breite Solidarität unter Nachbarn und Gleichgesinnten existiert. Neben einem musikalisch vielfältigen Programm, einem ebenso vielfältigen kulinarischem Angebot werden Infostände aufgebaut und speziell für Kinder und Jugendliche stehen verschiedenste Aktivitäten auf dem Programm.

Der Arbeitskreis Schuntersiedlung und die Initiative ART sind Gruppen für alle interessierte Menschen, die mitmachen und sich engagieren wollen. Wir kooperieren eng mit anderen Initiativen, Gruppen, sowie der Dankeskirche und unterstützen auch andere Aktivitäten. Der Arbeitskreis Schuntersiedlung trifft sich regelmäßig. Jede*r kann mitarbeiten, diskutieren, Ideen einbringen, Probleme besprechen und auch Kritik äußern. Natürlich haben wir auch einen politischen Anspruch: „Rechtes Gedankengut“ hat bei uns nichts zu suchen.

Wir bedanken uns für die vielfältige Unterstützung und den persönlichen Einsatz jedes Einzelnen. In diesem Sinne wünschen wir uns allen ein tolles Fest mit gutem Wetter und allem was dazugehört.

V.f.d.I.: Wolfgang Bartsch, Jörg Fischer, Sylvia Wolter, Susanne Grathwohl

Schützt die alten Bäume der Grünewaldstraße

Sägt nicht immer wieder am Ast, auf dem wir alle sitzen. Bäume vernichten ist irrsinnig. Wir brauchen jeden Baum dringend.

BI Baumschutz

BIBS-Spendenkonto Nr. 201 949 419
Braunschw. Landesspark. 250 500 00
IBAN: DE28 2505 0000 0201 9494 19

Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.
Spendenkonto: Bürgerinitiative
Stichwort „Spende“.
Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

Ladenzeile Leipziger Str. in Stöckheim

Mit der Schließung des Schreibwarengeschäftes „Kunterbunt“ Ende März hat sich die Zahl der Leerstände weiter erhöht und eine weitere Abwertung der Ladenzeile ist zu befürchten. Dagegen schreitet der Umbau der ehemaligen Bäckerei Tutscheck in ein Boardinghouse voran. Eine rotgepunktete Baugenehmigung hängt an einer Plastikfolie vor der ehemaligen Eingangstür. An der zukünftigen Beherbergungsstätte, die Tür an Tür neben einer seit 2021 bestehenden Prostitutionsstätte liegt, hat sich auch schon einiges getan: Blickdichte verspiegelte und mit heruntergelassenen Rollläden versehene Fenster sind entstanden und könnten den Zweck haben, sich vor fremden Blicken schützen. Wer sich jetzt, vorbeigehend auf dem Fußweg, erstaunt in einem Spiegel sieht, kann auch schon mal ein Klopfen hinter der Scheibe hören. Die Art der Neugestaltung lässt jedenfalls Interpretationsspielraum zu, zumal das zukünftige Boardinghouse direkt neben dem „Ladies Camp“, der genehmigten Prostitutionsstätte, liegt. Die Stadtteil-Gemeinschaft sollte die weitere Entwicklung genau im Auge behalten.*H.R.*

Pikanter Brief

...weiter von Seite 1 Credit Suisse

2008 der städtischen Wirtschaftsförderung nachzulesen, dass *„ein Braunschweiger Unternehmer das städtische Objekt `Die Brücke´ erworben und für die Bedürfnisse von Credit Suisse umgebaut hat. Die Wirtschaftsförderung hat das Verfahren mit erheblichem Regelungsbedarf im laufenden Bauantragsverfahren (denkmalgeschützte Auflagen usw.) intensiv begleitet.“*

Die Förderungsleistungen beliefen sich demnach auf über eine Million €. (Quelle: Geschäftsbericht 2008 Braunschweig Zukunft, Seite 16)

Credit Suisse Asset Management.

Im Jahre 2010 verließ Credit Suisse fluchtartig die Stadt, nachdem es zu Ermittlungen der Düsseldorfer(*) Staatsanwaltschaft wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung u.a. auch gegen BS-Anleger des Schlossbau-Fonds gekommen war. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig war seinerzeit ab Juni 2010 in die Ermittlungen übrigens nicht einbezogen. Öffentliche Gerichtsverhandlungen und Ermittlungen wendete Credit Suisse im Sept. 2011 durch Schuldeingeständnisse Straf-Zahlung von 150 Mio.€ ab. *(siehe auch https://www.faz.net/.../duesseldorfer-staatsanwaltschaft...*

(*)**Meldung über die Razzia in Braunschweig am Mittwoch, 14.07.2010:**

„Durchsuchung bei der Credit Suisse Braunschweig am Steintorwall. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf will klären, ob Mitarbeiter der Bank an Steuerhinterziehung beteiligt sind.War alles viel einfacher als geglaubt? Mussten deutsche Steuerflüchtlinge nicht extra in die Schweiz fahren, um dort Geld anzulegen, sondern nur eine deutsche Niederlassung der Credit Suisse besuchen, wo ihnen Mitarbeiter halfen, das Geld am Finanzamt vorbeizuschleusen? „Wenn wir diese Frage beantworten könnten, hätte es keine Durchsuchungen gegeben“, so Johannes Mocken, Sprecher der Staatsanwaltschaft Düsseldorf...“

Der Fonds wurde von einem Sparkassen-Institut übernommen.

Viele Fragen blieben offen, so auch die zur Endabrechnung der Stadt mit dem Anlage-Fonds über die Schloss-Fassade. Ein Antrag der BIBS zur Darlegung wurde am 5.2.2008 von der Ratsmehrheit mit **„Übergang zur Tagesordnung“** vom Tisch gewischt. *red*

BRAWO schafft Tatsachen für eigenes neues Stadt-Zentrum

Das ist jetzt schon der zweite Büroturm, den die Volksbank BRAWO an die Stadt zu üppigen, ja sensationellen Mietkonditionen vermieten konnte.

Der erste Büroturm (die sog. Toblerone – ehemals Postbüroturm am Hauptbahnhof) wurde vor 10 Jahren für die ARGE, jetzt Job-Center mit 9.000 Quadratmetern (davon 7.000 Quadratm. Büroflächen) angemietet für 20 Jahre und jährliche Kaltmiete von 1,15 Mio.€ und 9,80 € pro Quadratmeter Bürofläche.

Damals wurden diese Mietkonditionen zumindest von Seiten der Bundesanstalt für Arbeit nicht akzeptiert, wie es in der damaligen Vorlage heißt:

„Zwischen dem Mietangebot der Volksbank in Höhe von 9,80 €/m² und der Erwartung der Agentur besteht … eine Differenz in Höhe von 1,15 €/m². Bezogen auf die benötigte Bürofläche in Größe von 9.000 m² bedeutet dies eine jährliche Differenz von 124.200 €. (…) Die höheren Mietkosten von 124.200 € sollen aus dem städtischen Haushalt finanziert werden. Dieses ist durch das außerordentliche Interesse der Stadt – als Mitträger der ARGE – an einer Unterbringung, die eine erfolgreiche und kunden-freundliche Arbeit garantiert, gerechtfertigt.“ (mehrheitlich beschlossene Ratsvorlage 13953/10 vom 29.11.2010)

Der zweite Büroturm am 15.7.2020 seitens der Stadt unterschriebene Vertrag mit BRAWO, vereinbart sogar satte und völlig überhöhte 14 € pro Quadratmeter Bürofläche im Business-Center III.

Dazu erläuterte die BIBS bereits an anderer Stelle: „… die Stadtverwaltung hatte wohl vergessen, vor Anmietung eines kompletten Büroturmes am Hauptbahnhof, eigene städtische Ausstattungsbedürfnisse mitzuverhandeln … das kostet die Stadt jetzt 2 Mio. Euro extra. Über den Mietpreis von 3 Millionen € jährlich hatte man wohl sowieso nicht ernsthaft verhandelt, sondern die stattlichen Bedingungen der Banker geschluckt, und das ohne eigene Bedingungen: 14 Euro pro Quadratmeter für 17 Stockwerke Büroturm mit 17 Tausend Quadratmetern. Dann auch noch eine sog. Indizierung des Mietpreises, die auch noch satte Mietpreissteigerungen für die BRAWO garantiert.

Montage und Foto: Stadt Braunschweig

Übrigens für BRAWO war das - nach dem Wolters-Deal - das zweite Super-Geschäft mit der Stadt innerhalb weniger Tage…

Fragen der BIBS dazu im Bau-Ausschuss an den stadtseitig Beauftragten vom Amt 65:

1. Haben Sie seitens der Stadt die BRAWO-Beautragten darauf angesprochen, dass die BRAWO für das eingesetzte Kapital, statt Zinsen zu zahlen, sogar ein Zinsplus (Negativzinsen) für sich verbuchen kann? Keine Antwort.
2. Haben Sie seitens der Stadt nicht darauf verwiesen, dass die BRAWO überhaupt kein Vermietrisiko, kein Mietausfallrisiko, mit dem festen Ankermieter über 30 Jahre lang hat? Keine Antwort.
3. Haben Sie die für BRAWO äußerst niedrigen Verwaltungskosten angesprochen, weil keinerlei Mieterwechsel, Annoncen etc. anfallen? – Keine Antwort.
4. Wurde darüber gesprochen, dass die BRAWO durch diesen Super-Deal im Bank-Ranking und wg. immer besserer Eigenkapital-Bewertung immer solider wird, wozu die Stadt der BRAWO verhilft? – Keine Antwort.

Schließlich auch noch 5. Wurde die jetzt anstehende Beschluss-Vorlage zum weiteren Baukostenzuschuss von rd. 2 Mio.€ noch während der Juli 2020 -Ratssitzung deshalb lieber vom Oberbürgermeister auf jetzt vertagt, weil im Juli 2020 gerade der sog. Wolters-Deal herauskam, wohinter auch die Volksbank BRAWO steckte? – Kein Dementi …“

Ach ja, abgestimmt wurde auch noch: SPD, CDU und Grüne winkten wie immer auch diese Vorlage durch, und das ohne Wenn und Aber. Nur 2 Fraktionen stimmten dagegen, die Linke und BIBS. *P.R.*

Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergerinitiativen-braunschweig.de
ViSdP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8, 38120 Braunschweig
Redaktion: Dr. Ingeborg Gerlach, Edmund Schultz
Druckerei: Funke Druckzentrum Braunschweig GmbH
Christian-Pommer-Straße 45, 38112 BS